

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

"Tagblattkiosk".

Schalter-Schule geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postleitzettel: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Empfehlung: Durch den Verlag bezogen: Mf. 2,80 monatlich, Mf. 11,40 vierzehntäglich, ohne Zenglohn; durch die Post bezogen: Mf. 4,75 monatlich, Mf. 14,25 vierzehntäglich, ohne Beitragsleistung. — Beitragsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgaben, die Träger und alle Postanstalten. — In allen höheren Gewalt, Betriebsförderungen oder Streiks haben die Sezieren keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entgangenen Entgelts.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Gernau:

"Tagblattkiosk" Nr. 6250-53.

Vom 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonnabend.
Postleitzettel: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Anzeigenpreise: Deutsche Anzeigen Mf. 1,25, auswärtige Anzeigen Mf. 1,50, britische Zeitungen Mf. 5,- auswärtige Zeitungen Mf. 7,- für die entsprechende Kolonie oder deren Staat. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderte Anzeigen entsprechender Nachschlag. — Schluß der Anzeigen-Aufnahme für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Wochen wird eine Gebühr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin NW. 40, Fürst Bismarckstraße 2. Fernsprecher: Amt Hanja 1371-1373.

Mittwoch, 4. August 1920.

Abend-Ausgabe.

Nr. 360. • 68. Jahrgang.

Das Entwaffnungsgesetz im Reichstag.

Br. Berlin, 4. Aug. (Eig. Druckbericht.) Man verhandelte im Reichstag gestern in zweiter Lesung über das Entwaffnungsgesetz. Die Unabhängigen haben schon bei der ersten Lesung Schwierigkeiten gemacht und haben dabei teilweise die Unterstützung ihrer Brüder von der Mehrheitssozialdemokratie gefunden. Ihr Widerstand ist inzwischen erheblich gewachsen. Man hatte sich in einer Nervosität hineingeredet, zu der das Gesetz tatsächlich keine Veranlassung gibt. Wenn die Unabhängigen jetzt nur noch von einem Ausnahmegericht gegen die Arbeiterschaft, von einer neuen „Juchthausvorlage“ sprechen — ihr ständiger Redner, der Abgeordnete Rosenfeld, hat das gestern wieder mit allem Nachdruck getan —, wenn sie für heute eine Massenprotestdemonstration im Lustgarten einberufen haben, so ist dies alles einzig und allein aus einem Agitationsbedürfnis geboren, das in dieser so ernsten, für die Erfüllung unserer Pflichten gegen die Entente entscheidenden Frage wirklich ausschließen sollte. Es ist auch nicht so, wie sowohl der mehrheitssozialistische Redner Lüdtke wie auch Herr Rosenfeld gestern wieder behauptet haben, daß nur die Reaktionäre bis an die Jähne bewaffnet seien, während die Arbeiterschaft über keine Waffen verfüge. Waffen befinden sich hüben wie drüben und es ist die Pflicht eines jeden, der die Interessen des Vaterlandes über die der Partei stellt, für ihre rechtslose Auslieferung zu sorgen. Die Mehrheitssozialisten haben heute ihre Zustimmung zum Gesetz wieder davon abhängig gemacht, daß alle Einwohnerwehren und ähnliche Organisationen in die Entwaffnung einzogen werden und daß diese lediglich von Berufspolizeiorganen durchgeführt wird. Das würde zur Folge haben, daß Landesregierung es in ihrer Hand hätte, allen Körperschaften, die sie als „Berufspolizei“ bezeichnet hätte, die Waffen zu belassen. Aus diesem Grunde hat der Reichsminister Koch den mehrheitssozialistischen Antrag als unannehmbar für die Regierung erklärt. Die Einwohnerwehren oder die Zeitfreiwilligen mit der Entwaffnung zu betrauen, daran denkt in der Regierung niemand, vielmehr seien ganz andere Organisationen für diesen Zweck in Aussicht genommen, die allerdings bewaffnet sein müssten. Die Reichswehr solle nur da einschreiten, wo alle anderen Machtmittel versagt. Es ist natürlich, daß jede derartige Aktion gewisse Bedenken eiflöschen muß, und diese wurden auch von den Rednern der Koalitionsparteien, den Herren Hoffmann-Ludwigshafen, Curtius und Fischer nicht verhehlt. Da aber nun einmal das Später Abkommen diese Maßnahmen notwendig gemacht hat, muß man sich mit diesen Bedenken absfinden, denen sich sogar die Deutschen nationalen nicht verschließen können. Der Entwurf wurde mit einigen unwesentlichen Änderungen in zweiter Lesung angenommen.

Dann wandte man sich noch der dritten Lesung des Notentats zu, bei der es eine längere Diskussionsdebatte gab. Nachdem man 10 Stunden getagt hatte, kam es vor leerem Hause noch zu einer Aussprache über die Eingelergebnisse der Schulkonferenz. In einer Erledigung des vorgenommenen Pausums war unter diesen Umständen nicht mehr zu denken. So ließ man es denn genug sein des grausamen Spiels und verschob die Fortsetzung der Haushaltungsberatung auf heute. Die Reichsboten werden auch dann noch nicht in die Ferien gehen können, sondern frühestens erst am Donnerstag, wo die dritte Lesung des Entwaffnungsgesetzes erledigt werden soll.

Sitzungsbericht.

Br. Berlin, 3. August. In Beantwortung von Anträgen teilt die Regierung mit, daß die Berliner Einwohnerwehr aufgelöst ist.

Eine Ermäßigung der Taxebühnen für die Einreise von Holland nach Deutschland wird in Aussicht gestellt. Präsident Voß bittet die Mitglieder, sich einzurichten, daß der Reichstag heute und morgen noch nicht zu Ende sitzen werde.

Das Gesetz über die Ausführungen der Bestimmungen des Friedensvertrages und über die gemischten Schiedsgerichtshöfe und die Beurteilung ausländischer Urteile wird endgültig angenommen.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs zur Änderung der Sozialversicherung. Der Entwurf erhält im Hinblick auf die Besteuerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse die Grenze des nicht der Pfändungsfreiheit unterworfenen Einkommens. Die Frage wird danach auf 5000 M. für Arbeitssuchende und 4000 M. für Ledige gesetzt.

Ab. Kaiser (Soz.): Wir beantragen die Grenzen auf 7500 bzw. 6000 M. festzulegen.

Staatssekretär Joel widertritt dem Antrag Kaiser, da außer den 5000 resp. 4000 M. noch weitere Einkommenssteile bis zu sechs Zehntel freibleiben, wenn Kinder oder unbedeutliche Unterstützungsbedürftige Verwandte in Betracht kommen.

In zweiter Lesung wird der Antrag im Wege der Abstimmung mit 171 gegen 126 Stimmen abgelehnt und der Entwurf unverändert angenommen. In der dritten

Lesung und der Gesamtabstimmung wird der Entwurf des Gesetzes zur Enteignung von Grundbesitz und betr. die Beitragsleistung zum Kanalbau Rhein-Nord und Rhein-Donaudamm endgültig angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Entwaffnungsgesetzes.

Abg. Quebing (Soz.): Das Gesetz darf nicht zum Ausnahmegericht gegen die Arbeiterschaft werden. Wenn das Gesetz seinen Zweck erfüllen soll, so müssen auch die Einwohnerwehren entwaffnet werden. Wenn das nicht gelingt, so leben wir die Sozialen ab. Wie beantragen daher ausdrücklich die Aufnahme der Bestimmung in den § 1, nur die Reichswehr und die Berufspolizei wird von der Abstimmungspflicht ihrer Waffen befreit.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.): Das Gesetz ist lediglich gegen die Arbeiterschaft gerichtet.

Reichsminister Koch: Wir wollen durch das Gesetz dahin wirken, daß nicht ein Teil des Volkes gegen den anderen bewaffnet vorgehen kann. Es ist Willkür der Reichsregierung, Waffen in herauszuholen, wo sie welche findet. Das Gesetz macht es nach keiner Durchführung vermeidbar, daß wir in Zukunft auf Grund des Ausnahmestandes vorgehen müssen, welcher eine drohende Beschränkung der persönlichen Freiheit zur Folge hätte. Der Antrag Quebing ist für die Regierung unannehmbar.

Abg. Hoffmann-Ludwigshafen (Zent.). Die Regierung muß das Gesetz sofort durchführen, denn sie trägt die Verantwortung gegenüber der Entente.

Abg. v. Gallwitz (D-Rad.): Die Bestimmung, daß der Reichskommissar bereit sei, das Brief-, Telegramm- und Fernsprechbeamten auszuhören, lehnen wir mit aller Entscheidlichkeit ab, ebenso die Vorherrschaft, das derselbe befürchtet.

Abg. Cohn-Köhl (Dem.): Das Gesetz entpricht einer eisernen Notwendigkeit.

Abg. Dr. Curtius (D. Bot.): Empfiehlt den Antrag der Koalitionsparteien, daß der Reichskommissar einen parlamentarischen Beirat erhebt, dessen Einverständnis zu allen grundlegenden Bestimmungen einzuholen ist.

Abg. Frau Jettko (Kom.): Das Gesetz wird hier mit unverständiger Eis durchgesetzt. Es sollte eigentlich richtiger heißen: „Gesetz zur Niederhaltung des Proletariats.“ (Unter- und Heiterkeit.)

Abg. Bissel (U. S.): Die Unruhen in Bittau haben in der unerhörten Verkürzung der Lebensmittel ihren Grund.

Reichsminister Koch: In Bittau hat die Menge die Entwaffnung der Sicherheitspolizei verlangt und als diese Forderung nicht bewilligt wurde, rief sie die öffentliche Gewalt an. Es ist einwandfrei festgestellt worden, daß die Menge erhebliche Waffen bestanden auf Verfüzung hatte. Die Reichsregierung hat mit diesen Vorfällen nichts zu tun. Sie hat das Vertrauen zu dem ländlichen Ministerpräsidenten, daß er derartige unerhörte Zustände nicht dulden wird. Wenn der Entwaffnungsfonds reden Sie sich obige Forderung in Verantwortung hinein. Sie legen dem Gegenar die Löwenhaut an, ohne daß hierauf ein Anlaß vorliegt. Die Entwaffnung wird für alle Teile des deutschen Volkes von Nutzen sein.

Abg. Saenger (U. S.): Ich lehne in der Vorlage lediglich einen reaktionären Verlust zur Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ab.

Abg. Remmelt (U. S.): Das Gesetz ist weiter nichts als die Vorarbeit reaktionärer Kapitalisten für den weiten Terror nach dem Regen Ungarns in Deutschland.

In der Einzelberatung werden verschiedene Varianten unter Ablehnung der Abänderungsanträge angenommen. Annahme findet der Koalitionsantrag, wonach der Reichskommissar von Fall zu Fall zu entscheiden hat, welche militärischen und politischen Organisationen von der Abstimmungspflicht befreit werden. Andere Anträge der Regierungsparteien werden ebenfalls angenommen. Der Antrag betr. Wohnung des Brief-, Post-, Telegramm- und Fernsprechbeamten wird einstimmig angenommen. Die Bestimmung des § 9, betr. die Beauftragung des Reichskommissars, Organisationen zur Durchführung seiner Aufgabe zu schaffen, und die Abrede eidestädtischer Versicherungen verlangen zu können, wird gestrichen. Der Rest des Gesetzes wird im wesentlichen unverändert angenommen.

Es folgt die dritte Lesung des Rothausbalts.

Abg. Dr. Helfferich (D-Rad.): Wir haben im Auswuchs unserer schweren Bedenken über unzureichende Finanzpolitik zum Ausdruck gebracht. Mit Rücksicht auf die Geschäftslage werden wir im Moment erst darauf zurückkommen, wenn der Hauptielat zur Beratung steht.

Minister Koch teilt mit, es werde daran festgehalten, daß Deutschland nur solchen aus dem Ausland einziehenden Personen Unterflucht gewährt, die auf geordnetem Wege mit einem Reisebuch verlassen dienten. Redner arbeitet dann auf die Reichskonsulatoren ein. Sehr wünschenswert wäre es, wenn diese ein Gegenstück zum Reichswirtschaftsamt würde, also ein Reichswirtschaftsamt selbständige.

Abg. v. Mumm (D-Rad.): Bittet den Minister um die Ergreifung geeigneter Maßnahmen auf Grund der im Reichstag gefassten Entschließung gegen die Einwanderung fremdländischer Ausländer.

Abg. Korell (Dem.): Unsere Zustimmung zu der sozialen Entschließung hat nichts mit Rassen- und Klassenkampf zu tun. Die Abwehr der Masseneinwanderungen erfordert sich lediglich aus der eigenen Notlage.

Abg. Dr. Bestleid (U. S.): Wir beantragen die Aufnahme einer objektiven Statistik über die Gesamtstein- und auswanderung.

Abg. Rheinländer (Zent.): Wir möchten kein Reichsschulamt, weil die Länder die Schulhöfe beibehalten müssen. Die Beratungen werden abgeschlossen.

In Beantwortung einer Anfrage erläutert die Regierung, daß zur militärischen Ausbildung fürheim gelehrt wird, was bislang bis zu 150 Millionen Mark ausgetragen worden sei. Die Frage der Gemäßigung von Steuererleichterungen für diese wurde in Erwiderung gesetzt.

Mittwoch 1 Uhr: Fortsetzung der Haushaltungsdebatte. Interpellation über die Arbeitslosigkeit. — Schluß nach 8 Uhr.

Der Abbau der Zwangswirtschaft.

Br. Berlin, 4. Aug. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fanden unter der Leitung des Ministers Hermann in Bezug auf das Staatssekretariat beim preußischen Staatsministerium für Volksnahrung, Bewirtschaftungen mit dem Ernährungsministerium von Bayern, Württemberg und Hessen statt, die sich auf alle wichtigen Gebiete der Ernährung bezogen. Die Verhandlungen erzielten einen einheitlichen Willen, den Abbau der Zwangswirtschaft gemeinsam durchzuführen. Hinsichtlich des Brotaufreides verrichtete vollständige Übereinstimmung darüber, daß die kritische Bewirtschaftung und höchste Erziehung durchgeführt werden müsse. Die baldige Schaffung ausreichender Getreidereserven ist eine der wichtigsten Aufgaben der Ernährungswirtschaft. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft lädt den Ländern die Möglichkeit zu, hier über die Erziehungsförderung zu unterrichten. Auch bei Milch, Butter und Landwirtschaft soll seinesfalls Änderung eintreten. Für Österreich ist die Aufhebung der Bewirtschaftung bereits erzielt. Über die Bewirtschaftung und Freigabe der Kartoffeln soll in der ersten Hälfte des August ein Beschluss附近 erfolgen. Falls sich eine befriedigende Ernte erwarten läßt, wird die Freigabe als die zweitbedeutlichste Lösung bezeichnet. Die Fleischbewirtschaftung soll im Herbst ihr Ende finden. Mit allem Nachdruck ist die Einführung und, wenn möglich, die Verbilligung von Futtermitteln zu betreiben. Die Fleischfeste soll sofort aufgehoben und durch eine Reichslandwirtschaft erzeugt werden. Bei den Schlachtwerten wurde eine Erhöhung von durchschnittlich 40 M. für den Zentner Lebendgewicht unter Einführung einer neuen Klasse für zeringwertiges Fleisch mit einem Breitsack von 180 M. gefordert. Die Zwangsbewirtschaftung in ländlichen Fleischern soll eingeschränkt und gleichzeitig für das eigentliche Fleischeinzelhandel innerhalb der einzelnen Länder, Entitätenlebende Anordnungen werden möglichst erzielt werden. Das Reichsministerium wird mit der heutigen nicht vertretenen badischen Regierung dieserhalb verhandeln. Die Freigabe von Margarine wurde aufgehebelt. Die Bewirtschaftung des Inlandsangebotes soll mit der Erzeugung des Fleisches aufhören. Die Zuckerbewirtschaftung soll in ihren Grundzügen aufrechterhalten werden. Die Preise sollen möglichst niedrig gehalten werden. Die Einführung von nicht deutschnahen Rohstoffen wird möglichst sofort freigegeben. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß im neuen Wirtschaftsjahr wenigstens eine Stabilisierung der Dungungsmittelpreise erreicht wird. Von den Agrarschaften sollen nur diejenigen weiter bestehen bleiben, welche die Kontrolle der Bewirtschaftung der wichtigsten Rohstoffe (Getreide, Milch usw.) ausüben. Aber auch innerhalb dieser wird eine mögliche Vereinigung und Verbilligung anstreben.

Die Kartoffelreserve.

Br. Berlin, 3. Aug. Der Volkswirtschaftsausschuß des Reichstaates nahm einen vom Zentrum eingebrachten Antrag an, bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln eine Reichsreserve von 20 Millionen Zentnaren zu schaffen. Ein gemeinsamer Antrag der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei, die Zwangswirtschaft für Kartoffeln unverzüglich aufzubeben, wurde mit 16 gegen 12 Stimmen der Sozialdemokraten und Unabhängigen angenommen.

Zulagen zu den Getreidepreisen im besiegten Gebiet. Br. Berlin, 4. Aug. (Eig. Druckbericht.) Die Zentrumfraktion des Reichstaates faßte einstimmig den Beschluss, den Reichsernährungsminister zu ersuchen, für die Landwirtschaft im besiegten Gebiet wegen der dortigen besonders hohen Produktionskosten Zulagen für die Getreidepreise festzulegen. Wie die „Germania“ von gut unterrichteten Seite erfahren haben will, wird der Reichsernährungsminister dem Ersuchen der Zentrumfraktion stattgeben.

Einführung eines wirtschaftlichen Dienstjahres?

DPK. Berlin, 4. Aug. Die Reichsstaatsfraktion der Deutschen demokratischen Partei hat die Einführung des nachstehenden bedeutungsvollen Antrags befürwortet:

Die Reichsregierung zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, um zu verhindern, die früher mit der allgemeinen Wirtschaft verbundene erziellichen Wirkungen durch Einführung eines allgemeinen wirtschaftlichen Dienstjahres für die männliche und weibliche Jugend zu erzielen.

Gürtel Böhmer, Botschafter in Rom?

Br. Berlin, 4. Aug. (Eig. Druckbericht.) „Daily Chronicle“ hört von seinem Spezialberichterstatter in Berlin, daß Gürtel Böhmer wahrscheinlich zum deutschen Botschafter in Rom ernannt werden dürfte. Die italienische Regierung habe bereits zu erkennen gegeben, daß die Person des Fürsten Böhmer willkommen sei. Eine Bekanntgabe dieser Meldung von amtlicher Stelle war bisher nicht zu erhalten.

Keine weiteren Ententebotschafter in München.

Br. Berlin, 4. Aug. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Kahr, der sich angeblich in Berlin aufhält, erklärte einem Vertreter der „Börs. Zeit.“, ihm sei nichts davon bekannt, daß andere Länder, ebenso wie Frankreich, in München eine Sonderlandeskanzlei errichten wollten. England sei in München bisher nur durch seinen Konzul vertreten.

Kein Großbayern.

Br. Berlin, 4. Aug. Einem Redaktionsmitglied der „All. Zeit.“ erklärte der bayerische Ministerpräsident die Meldung des „Tempo“, daß einflußreiche Gruppen in Bayern ein Großbayern schaffen wollten, das die Rheinlande und Deutsch-Ostpreußen umfaßt, für falsch.

Der Generalstreik in Zittau.

mz. Berlin, 3. Aug. Zur Lage in Zittau melden die Abendblätter u. a.: Der Oberbürgermeister von Zittau, der nach Dresden fuhr, wird mit den Vortruppen der Reichswehr heute in Zittau zurückgekehrt, um die normale Lage wieder herzustellen. Der Fünfzehner-Ausschuss, der sich die Polizeigewalt anmaßte, besteht immer noch. Er setzt sich zusammen aus drei Spartakisten, drei Kommunisten, zwei Mehrheitssozialisten als Vertretern des Gewerkschaftsvertrags, drei Unabhängigen und fünf von den Betrieben gewählten, die den Linstradikalen angehören. Da die große elektrische Überlandzentrale weiter still liegt, sind angeblich mehrere hundert Fabriken und Werkstätten zum Feiern gezwungen. Die Stimmung der Arbeiterschaft ist unbedingt gegen den Terror und den Streik.

mz. Zittau, 3. Aug. Eine von 6-8000 Personen besuchte Versammlung beschloß heute vormittag, in den Betrieben morgen vormittag eine Pickettierung über die Fortführung des Streiks stattfinden zu lassen. Von den früheren Forderungen der Radikalen war nicht mehr die Rede. Man verlangte nur die Aufhebung des Ausnahmegesetzes. Ausschreitungen sind nicht vorgekommen. Der Bahnverkehr wurde wieder aufgenommen.

mz. Berlin, 4. Aug. Wie die Blätter aus Zittau melden, ist der vorläufige Generalstreik im Abschluss begriffen. Die Zeitungen können wieder erscheinen.

Streik der Elektrizitätssarbeiter in Vorpommern.

mz. Swinemünde, 3. Aug. Seit heute vormittag ist ganz Vorpommern mit den zahlreichen Ostseebädern ohne elektrisches Licht und Kraft, weil hämische Arbeiter und Beamte der Überlandzentrale in Stralsund wegen verweigerter Lohnforderungen in den Streik traten. Der Streik hat sich auch auf die Betriebe von Swinemünde ausgedehnt. So daß sämtliche Badeorte der Umgegend in Mülldeichswirtschaft neogenen sind, ausreichend auch auf die Zeitungen und auf das Wallerwerk. Alle bisherigen Verhandlungen verließen ergebnislos.

Rückkehr der polnischen Delegierten nach Warschau.

mz. London, 3. Aug. (Reuter.) Ein Moskauer Funkspur meldet: Die Waffenstillstandsverhandlungen wurden ausgekehlt und die polnischen Delegierten lehnen nach Warschau zurück, um von ihrer Regierung die Ernennung zur Unterzeichnung nicht nur des Waffenstillstandes, sondern auch der grundlegenden Friedensbedingungen, die die Sowjetregierung aufgestellt hat, zu erlangen.

mz. London, 4. Aug. Der Moskauer Funkspur berichtet, daß die polnischen Delegationen am 1. August in Baranowitschi ihre Vollmachten den russischen Vertretern übergeben hat. Die Auflage beschränkt sich auf die Waffenstillstandsbedingungen. Die russische Delegation erklärte aber, daß auf Grund dieser polnischen Vorstöße die Russen nicht nur zur Unterzeichnung der Waffenstillstandsbedingungen, sondern auch zu Friedensbedingungen einstimmig gekommen seien. Die polnische Delegation erklärte darauf, sie zu gestimmen sei, nach Warschau zurückzukehren, um diese Angelegenheit der Entscheidung ihrer Regierung zu unterbreiten, und so am 2. August nach Warschau zurückzukehren.

Friedensverhandlungen in Minsk.

mz. Berlin, 3. Aug. Die Abendblätter melden: Nach einer Wiener Meldung der "Böhmischen Zeitung" fungierte die polnische Waffenstillstandskommission am 28. Juli dem polnischen Außenminister aus Moskau, daß der Vertreter des Sowjetkommandos in Baranowitschi ihr mitgeteilt habe, daß die Sowjetregierung nicht nur über den Waffenstillstand, sondern auch über den Frieden verhandeln wolle. Diese erweiterten Verhandlungen sollen am 4. August in Minsk beginnen. Da die polnische Waffenstillstandskommission keine ausreichenden Vollmachten für die Friedensverhandlungen besaß, erbaten die Sowjetvertreter entweder die Erweiterung der polnischen Vollmachten oder das Eintragen von neuen weiteren Vollmachten versehenden Delegierten.

Vertreibung der Pole aus dem Korridor?

ib. Paris, 3. Aug. Wegen der geringen Stärke der längs der ostpreußischen Grenze aufgesetzten polnischen Grenztruppen und des unaufhaltbaren Vormarsches der russischen Auflärungspatrullen ist damit zu rechnen, daß die Russen bald in den südöstlichen Teil des Korridors eindringen werden. Aus Aussagen russischer Offiziere geht hervor, daß das Ziel Sowjetrusslands u. a. sei, die alte russische Grenze wieder herzustellen und die Polen aus dem Korridor zu vertreiben.

Alle Meldungen stimmen darin überein, daß auf bolschewistischer Seite die strengste Disziplin herrscht. Auf Diebstahl steht Todesstrafe. Den ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen, die in der Roten Armee mitkämpfen, ist es, wie ein BZ-Berichterstatter von einem Angehörigen der Roten Armee erfahren konnte, nicht verwehrt, die Grenze zu überschreiten und in ihre alte Heimat waffenlos zurückzukehren. Deutsche Freiwillige dagegen, die sich bei der Roten Armee melden, sollen nicht angenommen werden.

Ententehilfe für Polen?

mz. Paris, 4. Aug. (Drahtbericht.) Das "Echo de Paris" spricht angesichts der polnischen Niederrage die Erwartung aus, daß die Alliierten in aller Eile Schritte unternehmen, um Polen zu Hilfe zu kommen. Das Blatt spricht von einer baldigen Zusammenkunft Lloyd Georges und Millerands, um in einer historischen Stunde gemeinsame Richtlinien aufzustellen, durch die man die bolschewistische Gefahr für Polen beseitigen könne.

Ein revolutionäres Komitee in Polen.

mz. London, 4. Aug. (Havas.) Ein Moskauer Funkspur meldet die Bildung eines revolutionären Komitees in Polen mit Markiewski als Präsidenten. Dieses Komitee soll an die Arbeiter Polens, die zur Erhebung gegen die bürgerliche Regierung Pilsudski aufgefordert werden, ein Manifest gerichtet haben.

Da die Nachricht von polnischer Seite nicht bestätigt wird, muß sie mit allem Vorbehalt aufgenommen werden.

Wiesbadener Nachrichten.

— Die Witterungsaussichten für die nächsten Monate. Nach Beobachtung der Sonnenleide und der jetzt von ihnen beschriebenen Kurven haben Wetterkundige die Überzeugung gewonnen, daß auch im August noch einige stärkere Gewitterperioden zu erwarten sein dürften, während der September mehr ausgedrehte und reichliche Niederschläge bringen wird. Anfolge der öfter auftretenden Niederschläge dürften die Hundstage, wie schon bisher, auch nicht allzu warm ausfallen. Der Herbst dürfte voraussichtlich infolge der für Deutschland häufiger auftretenden Niederschläge, die öfters von nördlichen Winden begleitet sein werden, etwas frühzeitiges Frostgeisch bringen, während der Spätherbst dann wieder verhältnismäßig noch warme Witterung aufweisen dürfte. Nach der bisherigen Entwicklung der Sonnenleide und der von ihnen beschriebenen Kurven besteht Aussicht auf einen sehr milden, feuchten Winter, was im Hinblick auf unsere Kahlenknappheit nicht unangenehm empfunden werden dürfte.

— Feld und Fluren im August zeigen das Bild der sehr weit vorgeschrittenen Getreideernte, die trotz der teilweise ungünstigen Witterung sehr rasch ihrem Ende entgegen geht. An Menge und Güte soll die diesjährige Getreideernte durchweg mit geringen Ausnahmen vorallemlich sein. Die Gurkenernte ist gleichzeitig in vollem Gang und liefert reiche Erträge. Die noch immer sehr hohen Preise stehen hierzu zunächst noch in keinem Verhältnis. Mit der jetzt im vollen Gange befindlichen Frühkartoffelernte hat natürlich auch die Kartoffelbamperie und der damit verbundene Kartoffelschlucker eingestellt. Die Kartoffeln werden "bintenberum" zum Preis von 1 M. bis 1,20 M. abgesetzt. In den Weinbergen treten frische Weißschädlinge auf, doch sind dies zum Glück nur Einzelerscheinungen.

— Kleingärtner im Landkreis Wiesbaden. Zur Ermittlung des Bedarfs an Kleingärtner im Beirat des Landkreises Wiesbaden mit Ausnahme der Stadt Biebrich richtet das Kleingärtneramt an Gartenvorstandsbewerber die Aufforderung, bis spätestens zum 15. d. M. einen schriftlichen Antrag auf Zuweisung von Kleingartenausbau einzureichen.

— Erbenheimer Kartoffeln für Mainz. Die Kartoffelstelle Mainz macht bekannt, daß Erbenheimer Landwirte, welche Kartoffeln in der Gemarkung Rastel haben, diese sofort zum Preis von 45 M. für den Rentner an die Stadt Mainz abliefern können.

— Der Handwerkerverband für den Regierungsbezirk Wiesbaden, welchem sich neuerdings vier Zwangsinnungen aus dem Kreis Limburg mit rund 300 Mitgliedern angeschlossen haben, hält seinen 18. Verbandstag Ende dieses Monats in Limburg ab.

— Bezirksverband für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene. Zwecks intensiver Ausbaus der Organisation der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge hat sich der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Bau 9, Frankfurt a. M., vor die Notwendigkeit gestellt, jedem Bezirksverband ins Leben zu rufen. Wegen Gründung des Bezirksverbands Wiesbaden fand daher eine Sitzung statt, die von Delegierten aus dem ganzen Regierungsbezirk stark besucht war. Einstimmig wurde die Gründung des Bezirksverbands Wiesbaden beschlossen und Wiesbaden als Sitz bestimmt. Im Laufe der Versammlung kam es zu lebhaften Debatten über Missstände bei den Hauptfürsorgestellen. In einer einstimmig gefaßten Resolution wurde das Reichsarbeitsministerium ermahnt, diesen Hauptfürsorgestellen ein ganz besonderes Augenmerk zu widmen. In einer anschließenden Besprechungsversammlung wandte sich der Vorstand nochmals an den Reichsarbeitsminister mit dem Antrag, die Hauptfürsorgestellen, welche leider in Frankfurt a. M. ihren Sitz hatte und legendreich gewirkt, nicht nach Wiesbaden zu verlegen. In einer Sitzung des Beirats der Hauptfürsorgestellen des Regierungsbezirks Wiesbaden, die am 3. August hier stattfand, beschloß man ebenfalls, daß der Sitz der Hauptfürsorgestellen in Frankfurt a. M. weiter beibehalten werden soll. Über diesen Beschluß wird der anfangs September d. J. in Wiesbaden ankommandierende Kommunaltag endgültig zu befinden haben.

— Versendungen nach Orten der Kreise Eupen und Malmedy werden häufig noch nach Inlandsanstalten freigemacht. Dadurch entstehen Unannehmlichkeiten für die Empfänger, auch wird die Zustellung der Sendungen, weil sie wegen der fehlenden Gebühren einer Sonderbedienung unterliegen, verzögert. Es wird deshalb empfohlen, auf die vollständige Freimachung der Briefe nach den Kreisen Eupen und Malmedy besonders zu achten.

— Unfall. Heute vormittag gegen 5 Uhr ist in dem Denot der Straßenbahn an der Luisenstraße der in der Zimmermanstraße wohnende Schaffner Otto Wittmann beim Rangieren zwischen zwei Wagen gestreift worden. Er hat dabei nicht unerhebliche Verletzungen erlitten und mußte durch die Vermittlung der berügerischen Räthlichen Sanitätswache ins Krankenhaus gebracht werden.

— Die Internationale Freundschaft für Frieden und Freiheit, Deutsche Sowjet, erhielt, wie uns mitgeteilt wird, die Nachricht von ihrer französischen Schwesterorganisation, daß für die osteuropäischen Länder Central-Europa in Frankreich 200 000 Franken gehammert werden sind.

— Börseschall. Im Monat Juli betrug die Zahl der Börsen der Wertmarken 365.

Börserichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

— Karlsruhe. Duez v. Kerckhoff wird in seinem mit großem Interesse erwarteten Konzert am Donnerstag dieser Woche, abends 8 Uhr, im großen Saal des Violinoncerts in W-Dorf die "Königliche" von Sarasate, "Derwent" von Paganini, einige kleinere Stücke, wie "Die Serie" von Schubert-Wilhelmi, "Der kleine Hüttenmärkte" von Debussy, Petrusa mobile von Dr. Riss und eine eigene Komposition "Andachtsraum", sowie forster mit Willi Niemer, welcher die Klavierbegleitung übernommen hat, die Sonate für Violine und Klavier in W-Dorf von César Franck zum Vortrag bringen.

— Alljährlicher Wandel. Das Rhein. Theater- und Künstlerbüro veranlaßt am Donnerstag, da die Volksschauspielergilde zurück eine Pause einzutreten haben, einen einmaligen lustigen Wandel im Wintergarten abends 8½ Uhr. Es sind geworden: Eduard Döbenbach, Magdalena, Gustav Jacoby, Dora Hagen, Alma Saccat und Ursula Hader. Die übrigen Künstlerinnen werden noch bestimmt werden. Das Programm umfaßt heitere Bilder, Arien, Duette, lärmende Tänze, bunte Vorträge und lustige Gedächtnisse in dummer Reihenfolge. Der Vorverkauf beginnt heute in den Börsekaufshäusern und ab Dienstagabend täglich von 9 bis 12 Uhr an der Kasse der Turnstuhlfabrik. Die Geschäftsführung der Veranstaltung hat Gustav Jacoby übernommen.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Biebricher Stadtverordnetenversammlung.

— Biebrich, 3. Aug. Die heutige Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums endete mit zwei Sensationen. Das Stadtverordneten-Kollegium beschloß tonale militärische und Bürgermeister Amtshüter bestätigte das, daß am Freitag zurück eine Grippeepidemie herrscht und bereits verschwundene Opfer geprägt werden. Befürchtet betroffen sind Straßen, wie die hessengroße, welche nicht von die Sanitätsaufsicht ausgeschlossen sind. Die zuständigen Behörden sind zu einer Bereitung darüber, wie die Sache

zu bekämpfen und einzudämmen ist, zusammengerufen. Sehr Reinlichkeit im Hause wie auf der Straße ist dringend geboten. Keine Familie sollte im Hause, in denen die Unterbringung von erkrankten Angehörigen im Biebricher Krankenhaus angesezt wird, sich widersehen. Im Krankenhaus werden die Lazarettschäden zur Aufnahme von Kranken eingerichtet, und um die Verbreitung der Krankheit nach Möglichkeit zu verhindern, werden die Gartenpflanzungen ein vorzigliches Ende finden; die Kleinkinderschule ist geschlossen und die Schulen werden verlängert auf anderthalb bis drei Jahre. Die ganze Bevölkerung wird zur Unterstützung der von Amis wegen getroffenen Maßnahmen auf das dringendste ermahnt. — Die zweite Sensation war die Mitteilung des Stadtverordneten Großer, daß zwei Kinder (Hilfesorgejünglinge) 12 Tage lang im südlichen Kreislokal, welches weder Fenster noch Ventilationsvorrichtungen hat, festgehalten wurden. Der Chef der Polizeiernaltung, Bürgermeister Krambäcker, gab an, daß die Richtigkeit der Mitteilung zu Gehoben ist, von dem Vorcommissar Remmels erhalten hat, der ein Rennen eintreten lassen und er habe Anordnung getroffen, welche eine Wiederholung des Vorzugs ausschließe. Oberbürgermeister Geh. Reg.-Rat Vogt bestätigte den bedauерlichen Vorcommissar und erhob die Anordnung der Errichtung eines neuen Polizeihauses. — Biebricher Richter berichtete über das finanzielle Resultat der Ratskellerverwaltung. Um den Bedarf der Verdüsterung decken zu können, war die Gemeinde zeitweilig gezwungen, Saatkartoffeln zu kaufen. Sie hat die Kartoffeln vierteljährig noch unter dem Einkaufspreis abgeben müssen, und so ist ein Defizit entstanden, das sich bis zum Ende des vorliegenden Jahres auf 450 000 bis 500 000 M. belief und das sich im laufenden Jahre um etwa denselben Betrag vermehrt hat. Bleibt man die bei anderen Lebensmitteln erzielten Überhöhen in Betracht, so ermäßigt sich der Gesamtbetrag auf etwa 200 000 M. — Der Rechnungsauszug für das Jahr 1919 weist eine Gesamtausgabe von 50 967 200 M. und einen Mehr der Ausgabe von 6 770 M. auf, welches aus dem Ausgleichsbetrag gedeckt werden soll. Dieser Ausgleichsbetrag hat darnach noch eine Höhe von 217 878 M. Das Rechnungsergebnis ist ein recht günstiges, ungleich günstiger als in den meisten anderen Städten. — Der südliche Haushaltswortantrag liegt zwar noch nicht vor, vor aber gleich Gelder für die Stadtfinanzen zu beschaffen, wurde die Grundsteuer mit 5 für das Taxium (der geläufige Begriff der Befreiung untersteht) auf 80 Millionen gesteckt) und die Gewerbesteuer mit 150 Mta. beladen. Die Grundsteuer ist mit einem Gesamtbetrag von 400 000 M. die Gewerbesteuer mit einem gleichen von 389 912 M. in Einschätzung gesetzt. — Die Gewerbeabgaben erfuhrn dringend um die Erhöhung ihrer Unterstützungsgröße. Mit den Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen wurde beschlossen, sich bei der Reichsregierung um Aufzehrung der zurzeit gezahlten Zölle um 50 Proz. mit Wirkung vom 1. Juli zu versetzen und diese 50 Proz. vorläufig aus der Gemeindekasse gleich zur Auszahlung zu bringen. — Auf Antrag der Gattung der Unabhängigen wurde die Grundsteuer mit 5 für das Taxium der Befreiung untersteht, welche für die Stadtfinanzen zu beschaffen, wurde die Grundsteuer mit 5 für das Taxium (der geläufige Begriff der Befreiung untersteht) auf 80 Millionen gesteckt) und die Gewerbesteuer mit 150 Mta. beladen. Die Grundsteuer ist mit einem Gesamtbetrag von 400 000 M. die Gewerbesteuer mit einem gleichen von 389 912 M. in Einschätzung gesetzt. — Die Gewerbeabgaben erfuhrn dringend um die Erhöhung ihrer Unterstützungsgröße. Mit den Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen wurde beschlossen, sich bei der Reichsregierung um Aufzehrung der zurzeit gezahlten Zölle um 50 Proz. mit Wirkung vom 1. Juli zu versetzen und diese 50 Proz. vorläufig aus der Gemeindekasse gleich zur Auszahlung zu bringen. — Auf Antrag der Gattung der Unabhängigen wurde die Grundsteuer mit 5 für das Taxium der Befreiung untersteht, welche für die Stadtfinanzen zu beschaffen, wurde die Grundsteuer mit 5 für das Taxium (der geläufige Begriff der Befreiung untersteht) auf 80 Millionen gesteckt) und die Gewerbesteuer mit 150 Mta. beladen. Die Grundsteuer ist mit einem Gesamtbetrag von 400 000 M. die Gewerbesteuer mit einem gleichen von 389 912 M. in Einschätzung gesetzt. — Die Gewerbeabgaben erfuhrn dringend um die Erhöhung ihrer Unterstützungsgröße. Mit den Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen wurde beschlossen, sich bei der Reichsregierung um Aufzehrung der zurzeit gezahlten Zölle um 50 Proz. mit Wirkung vom 1. Juli zu versetzen und diese 50 Proz. vorläufig aus der Gemeindekasse gleich zur Auszahlung zu bringen. — Auf Antrag der Gattung der Unabhängigen wurde die Grundsteuer mit 5 für das Taxium der Befreiung untersteht, welche für die Stadtfinanzen zu beschaffen, wurde die Grundsteuer mit 5 für das Taxium (der geläufige Begriff der Befreiung untersteht) auf 80 Millionen gesteckt) und die Gewerbesteuer mit 150 Mta. beladen. Die Grundsteuer ist mit einem Gesamtbetrag von 400 000 M. die Gewerbesteuer mit einem gleichen von 389 912 M. in Einschätzung gesetzt. — Die Gewerbeabgaben erfuhrn dringend um die Erhöhung ihrer Unterstützungsgröße. Mit den Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen wurde beschlossen, sich bei der Reichsregierung um Aufzehrung der zurzeit gezahlten Zölle um 50 Proz. mit Wirkung vom 1. Juli zu versetzen und diese 50 Proz. vorläufig aus der Gemeindekasse gleich zur Auszahlung zu bringen. — Auf Antrag der Gattung der Unabhängigen wurde die Grundsteuer mit 5 für das Taxium der Befreiung untersteht, welche für die Stadtfinanzen zu beschaffen, wurde die Grundsteuer mit 5 für das Taxium (der geläufige Begriff der Befreiung untersteht) auf 80 Millionen gesteckt) und die Gewerbesteuer mit 150 Mta. beladen. Die Grundsteuer ist mit einem Gesamtbetrag von 400 000 M. die Gewerbesteuer mit einem gleichen von 389 912 M. in Einschätzung gesetzt. — Die Gewerbeabgaben erfuhrn dringend um die Erhöhung ihrer Unterstützungsgröße. Mit den Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen wurde beschlossen, sich bei der Reichsregierung um Aufzehrung der zurzeit gezahlten Zölle um 50 Proz. mit Wirkung vom 1. Juli zu versetzen und diese 50 Proz. vorläufig aus der Gemeindekasse gleich zur Auszahlung zu bringen. — Auf Antrag der Gattung der Unabhängigen wurde die Grundsteuer mit 5 für das Taxium der Befreiung untersteht, welche für die Stadtfinanzen zu beschaffen, wurde die Grundsteuer mit 5 für das Taxium (der geläufige Begriff der Befreiung untersteht) auf 80 Millionen gesteckt) und die Gewerbesteuer mit 150 Mta. beladen. Die Grundsteuer ist mit einem Gesamtbetrag von 400 000 M. die Gewerbesteuer mit einem gleichen von 389 912 M. in Einschätzung gesetzt. — Die Gewerbeabgaben erfuhrn dringend um die Erhöhung ihrer Unterstützungsgröße. Mit den Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen wurde beschlossen, sich bei der Reichsregierung um Aufzehrung der zurzeit gezahlten Zölle um 50 Proz. mit Wirkung vom 1. Juli zu versetzen und diese 50 Proz. vorläufig aus der Gemeindekasse gleich zur Auszahlung zu bringen. — Auf Antrag der Gattung der Unabhängigen wurde die Grundsteuer mit 5 für das Taxium der Befreiung untersteht, welche für die Stadtfinanzen zu beschaffen, wurde die Grundsteuer mit 5 für das Taxium (der geläufige Begriff der Befreiung untersteht) auf 80 Millionen gesteckt) und die Gewerbesteuer mit 150 Mta. beladen. Die Grundsteuer ist mit einem Gesamtbetrag von 400 000 M. die Gewerbesteuer mit einem gleichen von 389 912 M. in Einschätzung gesetzt. — Die Gewerbeabgaben erfuhrn dringend um die Erhöhung ihrer Unterstützungsgröße. Mit den Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen wurde beschlossen, sich bei der Reichsregierung um Aufzehrung der zurzeit gezahlten Zölle um 50 Proz. mit Wirkung vom 1. Juli zu versetzen und diese 50 Proz. vorläufig aus der Gemeindekasse gleich zur Auszahlung zu bringen. — Auf Antrag der Gattung der Unabhängigen wurde die Grundsteuer mit 5 für das Taxium der Befreiung untersteht, welche für die Stadtfinanzen zu beschaffen, wurde die Grundsteuer mit 5 für das Taxium (der geläufige Begriff der Befreiung untersteht) auf 80 Millionen gesteckt) und die Gewerbesteuer mit 150 Mta. beladen. Die Grundsteuer ist mit einem Gesamtbetrag von 400 000 M. die Gewerbesteuer mit einem gleichen von 389 912 M. in Einschätzung gesetzt. — Die Gewerbeabgaben erfuhrn dringend um die Erhöhung ihrer Unterstützungsgröße. Mit den Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen wurde beschlossen, sich bei der Reichsregierung um Aufzehrung der zurzeit gezahlten Zölle um 50 Proz. mit Wirkung vom 1. Juli zu versetzen und diese 50 Proz. vor

Bekanntmachung.

Langensiebach, den 4. August 1920.
Frau Menges, Elisabeth, in Langensiebach wohnhaft, in zu einer Geldstrafe von 100 M. und Gefängnis im Arresten und im Wiesbadener Tagblatt verurteilt worden.

Frau Menges hat den § 28 der Verordnung Nr. 2 der Höhen Interalliierten Rheinlandkommission übertraten, indem sie Streichholz zum Preis von 40 Pf. und an Militär verkauft, dieselben aber für 35 Pf. an Zivilbewohner verkauf hat. P220

Der Staatsanwalt b. M. B. G. B.

Bittelborn, den 4. August 1920.

Bekanntmachung.

Herr Scheuermann, Philipp, in Bitteborn wohnhaft, ist vom Militärgericht Wiesbaden zu einer Geldstrafe von einem Monat und Gefängnis im Grosserker Kreisblatt und Wiesbadener Tagblatt verurteilt worden. Die Beleidigung der Waffen ist ebenfalls ausgesprochen worden.

Herr Scheuermann hat den § 20 der Verordnung Nr. 2 der Höhen Interalliierten Rheinlandkommission übertraten, indem er im Besitz eines französischen Armeerevolvers und eines französischen Fernrohrs war. P220

Der Staatsanwalt b. M. B. G. B.

Französische Rhein-Armee.**Bekanntmachung.**

Am 7. August 1920, um 2 Uhr nachmittags, kommen im Hause der Fabrik von Dyckerhoff in Biebrich zur öffentlichen Versteigerung:

**5700 kg Erbsen
4000 kg Bohnen.**

Die Angebote müssen in Mark gemacht werden. Die Zahlung ist sofort zu leisten. Außerdem liegt auf den Preisen ein Aufschlag von 5% zum Nutzen des Schatzes.

Wiesbaden, den 30. Juli 1920.

Der von der Armee beauftragte Zahlmeister:
G. Pétron.

Armée française du Rhin.**Avis au public.**

Le 7. Août à 14 heures dans la cour de l'Usine Dyckerhoff à Biebrich (près du quai d'embarquement de la Gare de Biebrich-Ost) il sera procédé à la vente aux enchères publiques de:

**5700 kgs de pois
4000 kgs de haricots**

Les enchères seront faites en marks. Le paiement aura lieu au comptant. En outre les prix de vente seront majorés de 5% au profit du Trésor.

Wiesbaden, le 30. Juillet 1920.

Le Payer particulier aux Armées:
F. Pétron.

Bekanntmachung.

Die Verkaufsstelle für Kranzenbrot und Zwieback in der Bäckerei Minor, Bahnhofstraße 18, ist vom 9. bis 12. M. ab aufgehoben.

Vom 9. bis 12. M. ab bestehen für Kranzenbrot und Zwieback folgende Verkaufsstellen: F260

Frau M. Haselbach, Michelberg 30,
Frau Rosa, Walramstraße 14/16,
Kirma Aneiphaus, Rheinstraße 71,
Frau Berger, Bärenstraße 2,
Frau Krohnspel, Steinstraße 10,
Frau Ruhn, Bismarckstraße 31,
Frau Wallacher, Blücherstraße 23, und
Frau Diehl, Rheingauer Straße 13.

Wiesbaden, den 4. August 1920. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Im Wege der freiwilligen Versteigerung werden auf Antrag der Erben des verstorbenen Landwirts Georg Wintermeyer hierbei die im Grundbuch von Dörsheim Band 32 Blatt 903, im Grundbuch von Biebrich Band 42 Blatt 774 und im Grundbuch von Wiesbaden Außenbezirk Band 30 Blatt 592 eingetragenen Grundstücke in einer Gesamtfläche von 2,50 Hektar am Freitag, den 6. August d. J., nachmittags 6 Uhr, vor dem unterzeichneten Ortsgerichtsvorsteher auf dem Rathaus, Zimmer 9, öffentlich versteigert. Die Grundstücke sind belegen in den Dörfern: Gutterweier, im Auelstein, Saarstein, im Welschen Haag, in den Köfeswiesen, in der Edardswiese, in den oberen Krautgärten, in der Dreisitz, in der Steiniggewann, über der Feldbach, auf der Heide, über den Küllten, in den nassen Wiedern, über dem Mainzergraben, in der langen Näßgewann, hinten auf den Eichen, im Egel, auf dem Annenbüssel, in der Bernersgewann, in der Fichtengewann, zwischen der Bleidenstädttertrasse, in der Klosterweide, Gemeinde Biebrich Distrikt Loh, Gemeinde Wiesbaden Distrikt Schloss.

Die Versteigerungsbedingungen und die die Grundstücke betreffenden Nachweisungen können bei dem Ortsgericht eingesehen werden.

Dörsheim, den 26. Juli 1920. P223

Spartakus, Ortsgerichtsvorsteher.

Tanzinstitut Anton Deller u. Frau.

Sonntag, den 8. August:

Ausflug

nach Schierstein, „Drei Kronen“, wozu wir alle u. ehemaligen Schülerinnen und Schüler, sowie deren Angehörige freundl. einladen. Gäste können eingeführt werden. Getränke nach freier Wahl.

N.B. Besondere Einladungen ergehen diesmal nicht. Anton Deller u. Frau.

Reparaturen an Uhren u. Goldwaren

werden sauber ausgeführt bei

M. Helm, Uhrmacher, Wellitzstraße 4.

Rheinisches Theater- und Konzertbüro

Tel. 2376.

Leitung: Gustav Jacoby.
Kaiser-Friedrich-Platz 2.

Tel. 2376.

Donnerstag, 12. Aug., abends 3/4 Uhr im WINTERGARTEN:
Einzigste Veranstaltung im Monat August.

Lustiger Abend.

Leitung: Gustav Jacoby.

Mitwirkende:

Die Damen: Dora Hagen (Residenztheater Wiesbaden), Ursula Hacker, Alma Saccur (Stadttheater Straßburg). — Die Herren: Max Hofpauer (Bayrischer Hoftheater Berlin), Gustav Jacoby, Eduard Lichtenstein (Nollendorfplatztheater Berlin), Heinrich Schorn (Staatstheater Wiesbaden).

Am Flügel: Kammermusiker Wondier.

PROGRAMM: Heitere Lieder, Arien, Duette, Lieder zur Laute, heitere Vorträge und künstlerische Tänze.

VORVERKAUF: Ab Donnerstag täglich an der Kasse des Wintergartens, von 9—12 Uhr, sowie im Rhein-Theater- u. Konzert-Büro, Kaiser-Friedr.-Platz 2, (Tel. 2376), sowie in den Musikalienhandlungen Franz Schellenberg, Kirchgasse (Tel. 6444) und A. Stoeppler, Rheinstraße (Tel. 3805). 9.5

PREISE DER PLÄTZE: Korbessel, Mk. 10.—, Sperrsitz Mk. 8.—, 1. Parkett Mk. 6.—, 2. Parkett Mk. 5.—, Galerie Mk. 2.—.

TAUNUS-HOTEL

WIESBADEN, RHEINSTRASSE.

Grosse Restauration u. Kaffee

Diners und Soupers von Mk. 10.— an und höher
Außerst reichhaltige Tageskarte, sämtl. Delikatessen
der Saison, gut assortierte Weinkarte.

Pokalausschank

Münchener-, PILSENER URQUELL, Dortmunder Biere.

AHabendlich KONZERT der Künstlerkapelle Alban.

Besitzer: G. Pätzold (Westminster, Köln).

Himbeerjäst

mit Zucker eingelocht.

Schützenhof-Apotheke,

Danggasse 11. 718

Markenfrei. Markenfrei.**Torf-Briketts**

(Maschinengeschloß)

von großer Heizkraft, nicht zu vergleichen mit Stich- oder Moostorf, dieselbe Ware, die ich im Herbst 1917 vertrieben habe, vorzüglich geeignet für **Ofen-, Herd- und Zentralheizung**, bietet preiswert an

Wilhelm Fischer**Kohlenhandlung**

Fernsprecher 291 und 3030.

Anzusehen ohne Kaufzwang in meinem Büro

Friedrichstraße 29.

Niemand sollte versäumen von meinem Angebot jetzt Gebrauch zu machen, da diese Tofbriketts bei Eintritt von schlechter Witterung nicht mehr geliefert werden können.

Donnerstag auf dem Markte**GROSSE Verkauf****Schellfisch**

1/1 Fische mit Kopf Pfd. Mk. 3.—

Kabliau

" " ohne " " 3.50

Seelachs

im Ausschnitt 4.—

Körbe, Papier, Kleingeld mitbringen!

Unreine Haut.

Alleinverkauf: Schützenhof-Apotheke, Lanzstraße 11.

Mahokrem gebraucht man mit bestem Erfolg gegen unreine Haut und Sommersprossen. Mahokrem fettet nicht und macht die Haut sammetweich. 775

Große Versteigerung herrschaftlichen Mobiliars und Kunstgegenständen.

Wegen Auflösung eines herrschaftlichen Haushalte versteigern wir morgen Donnerstag, den 5. August et. und event. den folgenden Tag jeweils morgens 9 $\frac{1}{2}$ und nachmittags 2 $\frac{1}{2}$ Uhr entgangend, in unseren Auktionshäusern

3 Marktplatz 3

die gesamte Einrichtung, als:

- 1 prachtvolle Mahag.-Schlafzimmer-Einrichtung, besteh. aus: 2 engl. Messingbetten mit prima Rohbaumatten, 2 Stell. Speisehocker, Damen-Toilette, 2 Waschtonjolen, 2 Nachtischen mit Marmor, Stühlen u. Handtuchhalter;
- 1 Freuden-Schlafzimmer-Einrichtung, best. aus: 2 eis. Betten mit Messing u. prima Rohbaumatten, 2 Stell. Kliderschrank, 2 Stell. Toilette, Waschkommode, Nachtisch mit Marmor, Stühlen und Handtuchhalter;
- 1 Wohn-Schlafzimmer-Einrichtung, bestehend aus: prachtvoll, reich geschmückt Büffet mit Marmorplatte, Nagelstiel, 2 Kreuzen, Standuhr und 18 Lederschühlen;
- 1 Salon-Einrichtung, Mahag. mit Ahorn, besteh. aus: Salonschrank, rund. Tisch u. Salongerüste, bestehend aus: 1 Sofa, 2 Stühle und 4 Stühlen mit Seidenbezug;
- die gesamte Innen-Einrichtung, bestehend aus: 1 türl. Rüsselschrank, 1 Umahl sehr schöner Delgemälde mod. Meister engl. Stiche, 1 Meißener Standuhr, Smarina, Porz. u. deutsche Teppiche, Kelims, Portieren, Gardinen, Stores, 1 große Partie Kristall u. Glas, worunter 1 kompl. Service für 18 Personen (echt Baccarat), große Partie Kunst, Rüss. u. Dekorationsgegenstände, vorunter japan. Bronzen und Porzellane, als: Servicien, Figuren, Vasen, Schalen usw., eine Partie prachtvolle ausländische Schönes; ferner; 1 Sofa u. 2 Stühle mit Blümchen, 1 Ottomane, 1 prachtvoller Mahag.-Kliderschrank, ein eich. Schreibtisch mit Russen, eich. Vertilo, eich. u. ruh. viered. Ausziehs. Spiels, Rüss. u. Bauernstilche, Rohr- u. Klaubstühle, Stageren, Staufleuten, Ivan. Wände, Paravents, Ofenschirme, St. Olener, Klavierstühle u. Stühle, Rollschwarz, Spiegel mit Rück. u. Goldrahmen, Regulatoren, Rohröhnen, Schreibstifte, Weißzess. Blümchen, Kissen, Kulten, Steppdecken, prachtvolle Ch. Büch.- u. Kaffee-Serviken, eine große Partie Bilder, Klässler usw., 1 sehr neue emaill. Badewanne, Burgarderobe, komplett Küchen-Einrichtung, Eisenschrank, Küchen- u. Kochgeschirre, Glas, Porzellan u. vieles mehr freiwillig meistbietend gegen Barzahlung.

Besichtigung: Mittwoch, den 4. August, nachmitt. von 3—5 Uhr.

Bernh. Rosenau und Emil Wintermeyer

Auktionsatoren und Taxatoren.

Telefon 6584. 3 Marktplatz 3. Telefon 6584.

Mobiliar-Versteigerung**am Freitag, den 6. August,**

vormittags 9 Uhr beginnend (ohne Pause) versteigern wir aufsche Auktions und Wegzugs in unserem Versteigerungsbüro

3 Stiftstraße 3

nachverzeichnetes sehr gut erhaltenes Herrschaftsmobiliar und Haushaltungsgegenstände:

- ein prachtvolles reich geschmücktes Speisesimmer, besteh. aus 1 Büffet, 1 Sofa, 4 Polsterstühle mit Hobelbezug, 6 Rohrbüstchen, 2 gr. Sessel, gr. Teilmospieg. Aussugtisch, Serviertisch u. Potav.;
- ein lärmisches modernes Speisesimmer, besteh. aus 1 Büffet, 1 Bücherchron. 1 Standuhr mit Gong, 1 Aussugtisch u. 8 gr. Lederschühlen;
- ein Herrenzimmer, modern, dunkel-eisich, besteh. aus 1 Büch. Büch.- u. Kaffee-Serviken, Diplomaten-Schreibtisch, Stempelst. Schreibstifte, zwei Lederschühlen;
- ein hochelagenter Salon in Schwarz, besteh. aus 1 Sofa, 2 gr. Sessel, 6 Polsterstühlen, 1 gro. Teilmospieg. 1 Salonschrank, Schreibtisch, Stehtisch, Staffelei, Tisch und Federbetten, Woll- u. Rohbaumatten, Spiegel, einzelne Polster- u. Rohrbüstel, Klaviernoten, 2 Tennisschläger, 1 Regulator, Bilder, Aufstell- und Rippalalen, Dekorationen gegenstände, echte Schmuckstücke und Brillanten, große Partie Küchen- und Haushaltungsgegenstände und viele hier nicht genannte Gegenstände meistbietend gegen sofortige Barzahlung.

Besichtigung in den Geschäftsstunden, v. 9—12 u. 3—6.

Adolf Messer

und

Karl Kannenberg junior

Auktionsatoren und Taxatoren.

3 Stiftstraße 3. Telefon 3913. 3 Stiftstraße 3.

Ohne Noten

lernen Erwachsene in 2—3 Monaten **hoff. Klavier spielen** (System P. A. Fay). In wenigen Stunden spielt man Lieder, Tänze, Opern, Operetten, sowie die neuesten Tänze Fox-trott, Boston, Twostep.

Rich. Sittmayer, Dotzheimer Str. 55, II.

